

Lancierung Eidgenössische Volksinitiative

«Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Bern, den 6. September 2022



Medienmitteilung

Initiative für einen Klimafonds: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt

Heute Morgen haben GRÜNE und SP Schweiz in Bern gemeinsam die Klimafonds-Initiative lanciert. Denn der Schutz des Klimas und der Biodiversität ist eine öffentliche Aufgabe. Dazu braucht es einen öffentlichen Investitionsfonds, mit dem eine sozial gerechte Finanzierung und Umsetzung von Massnahmen für den Klimaschutz, die Biodiversität und die Versorgungssicherheit sichergestellt wird. Der Klimafonds wird Mittel zur Verfügung stellen, um in der Schweiz die ökologische Wende einzuleiten und die Klimaziele zu erreichen. Dabei ersetzt die Initiative keine geltenden Bestimmungen, sondern ergänzt bestehende Massnahmen im Klima- und Energiebereich. Auch die Gewerkschaften sind von der Initiative überzeugt: Denn die Initiative stärkt das lokale Gewerbe und schafft die Voraussetzungen für eine Aus- und Weiterbildungsoffensive in zukunftsträchtigen Branchen.

Die Hitzewellen und Dürren dieses Sommers haben uns drastisch vor Augen geführt, dass sich die Klima- wie auch Biodiversitätskrise weiter verschärfen und unseren Planeten bedrohen. «Die aktuellen Rahmenbedingungen erlauben es der Schweiz jedoch nicht, die Klimaziele zu erreichen. Der Klimafonds ermöglicht es uns, schneller und ehrgeiziger zu handeln, um das Klima zu schützen.» Mit diesen Worten erinnerte Balthasar Glättli, Präsident der GRÜNEN Schweiz und Nationalrat (ZH), an die Notwendigkeit, die Kräfte beider Parteien zu bündeln, um die grösste Herausforderung dieses Jahrhunderts zu meistern. Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, betonte ihrerseits die Wichtigkeit, den Schutz des Klimas und die Versorgungssicherheit zu einer öffentlichen Aufgabe zu machen, die mit der Schaffung des Klimafonds sozial gerecht gelöst werden soll: «Wir müssen die Jahrhundertaufgabe gemeinsam bewältigen: Wirtschaft und Gesellschaft sozial und ökologisch gestalten, damit dieser Planet auch für zukünftige Generationen eine Zukunft hat.»

Biodiversitäts- und Klimakrise endlich gemeinsam angehen

Die Initiative für einen Klimafonds erkennt an, dass der Klimawandel und der drastische Rückgang der Biodiversität eng miteinander verbunden sind und gemeinsam angegangen werden müssen. Isabelle Pasquier-Eichenberger, Vizepräsidentin der GRÜNEN Schweiz und Nationalrätin (GE), betonte: «Die Schweiz ist unverhältnismässig stark für den weltweiten Rückgang der Biodiversität verantwortlich. Dies ist daher eine der Prioritäten, für die wir dem Bund die Mittel zum Handeln geben wollen».

Wege aus der Energiekrise

Die aktuelle Energiekrise zeigt deutlich, dass massive Investitionen in erneuerbare Energien nicht nur dem Klima, sondern auch der Versorgungssicherheit zugutekommen. «Die bestehenden

Massnahmen reichen bei weitem nicht aus», sagt Roger Nordmann, Präsident der SP-Bundeshausfraktion und Nationalrat (VD). «Es ist notwendig, die Energiestrategie anzupassen und Investitionen in die Nutzung sauberer Energien massiv finanziell zu unterstützen. »

Arbeitsplätze für die Zukunft

Durch die Förderung und Entwicklung von erneuerbaren Energien schafft die Klimafonds-Initiative lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Sie ermöglicht Aus- und Weiterbildungen für Berufe mit Zukunft. «Für eine zukunftsfähige Wirtschaft fehlen uns Tausende von Fachkräften. So in der Solarplanung und in der Solarmontage, im Bereich der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik – aber auch in Sektoren, die nicht direkt zur Dekarbonisierung beitragen, aber emissionsarm sind und auf die wir immer stärker angewiesen sein werden, z.B. in der Pflege und Betreuung», sagt Peppina Beeli, Vertreterin der Gewerkschaften. Die Initiative für einen Klimafonds stärkt die lokale Wirtschaft, schafft Arbeitsplätze und garantiert die soziale Sicherheit.

Kontakt:

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz, Nationalrätin ZH, 079 101 68 90

Balthasar Glättli, Präsident Grüne Schweiz, Nationalrat ZH, 076 334 33 66

Isabelle Pasquier-Eichenberger, Vizepräsidentin Grüne Schweiz, Nationalrätin GE, 078 614 04 15

Roger Nordmann, Präsident der SP-Bundeshausfraktion, Nationalrat VD, 079 290 06 74

Peppina Beeli, Politische Sekretärin Klima UNIA, 078 742 12 99

Lancierung Eidgenössische Volksinitiative

«Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Bern, den 6. September 2022



Redetext Mattea Meyer

Co-Präsidentin SP Schweiz und Nationalrätin (ZH)

Es gilt das gesprochene Wort.

Die AHV ist die soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Sie hat Schluss gemacht damit, die Menschen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen, wenn sie zu alt und nicht mehr arbeitsfähig waren. Als Antwort auf Existenznot und Altersarmut eines grossen Teils der Bevölkerung haben unsere Eltern und Grosseltern die solidarisch finanzierte AHV gegründet.

Was können wir von ihr lernen? Dass wir Probleme, die die meisten von uns betreffen, zusammen lösen sollten. Nicht jeder und jeder für sich. Schon gar nicht jeder gegen jede. **Sondern gemeinsam und generationenübergreifend.**

Eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit, vor denen wir und zukünftige Generationen stehen, ist die Klimakrise. Sie ist nicht ein individuelles Problem, das wir mit unserem eigenen Verhalten allein lösen können. Wir haben gemeinsam die Jahrhundertaufgabe vor uns, Wirtschaft und Gesellschaft so sozial und ökologisch zu gestalten, dass dieser Planet auch für zukünftige Generationen lebenswert ist.

Dank der Klimafonds-Initiative stellen wir mit öffentlichen Investitionen die Schweiz auf erneuerbare Energien um und sichern uns genügend Strom für die Zukunft. Wie dringend das ist, zeigt die aktuell schwierige Situation. Viel zu lange haben die bürgerlichen Parteien auf Importe von Öl, Gas und Uran gesetzt und die Investitionen in einheimische, erneuerbare Energien vernachlässigt. Ein rascher Ausbau der öffentlichen Grundversorgung (Service public) schafft Versorgungssicherheit und befreit uns aus der Abhängigkeit von Autokraten und Oligarchen.

Von der AHV können wir noch etwas Zweites lernen: **Grosse Herausforderungen verlangen nach grossen Antworten.** Unser Klima hat keine Zeit mehr für Klein-Klein. Wir sollten den Klimaschutz mit der nötigen Geschwindigkeit und in der richtigen Grössenordnung angehen. Die Klimafonds-Initiative sieht vor, dass wir jedes Jahr zwischen 0.5 und 1% des Bruttoinlandproduktes in die ökologische Erneuerung der Schweiz investieren. Das sind rund 3.5 bis 7 Milliarden Franken jährlich. Mit diesem Geld können Solarpanels gebaut, Heizungen ersetzt, Gebäude saniert, der öffentliche Verkehr ausgebaut, die Industrie auf erneuerbar umgestellt und die Biodiversität erhalten bleiben. Zudem können Menschen weitergebildet werden, die heute in Berufen arbeiten, welche es nach dem ökologischen Umbau nicht mehr geben wird.

All diese Erneuerung der Infrastruktur bringt dem regionalen Gewerbe riesige Auftragsvolumen und schafft gute, zukunftsweisende Arbeitsplätze. Wenn wir jetzt nichts unternehmen, kostet das uns und unsere Kinder noch viel mehr.

Denn die Klimaziele zu erreichen, ist nicht ein «Nice-to-have». Es ist nicht eine Verhandlungsmasse in der politischen Debatte. Es geht um nichts weniger als um die Frage, wie wir ein gutes Leben für alle schaffen können und wie lebenswert der Planet ist, den wir unseren Kindern hinterlassen. Die Klimafonds-Initiative leistet einen konkreten Beitrag dazu, dass wir als Schweiz diese Ziele rechtzeitig schaffen.

Lancierung Eidgenössische Volksinitiative
«Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Bern, den 6. September 2022



Redetext Balthasar Glättli

Präsident Grüne Schweiz und Nationalrat (ZH)

Es gilt das gesprochene Wort.

In die grüne Zukunft investieren mit dem Klimafonds

Unser Klimafonds für einen Green New Deal ist die Antwort auf die riesige Doppelkrise unseres Jahrhunderts. Die Klimaerhitzung, und der massive Verlust der Biodiversität.

Die Klimakrise ist nach dem Hitze- und Dürresommer wieder in aller Munde. Letztes Jahr traf sie uns mit Überschwemmungen. Und mit jedem neuen Bericht des IPCC, der Klimawissenschaft, wird deutlicher: Wir sind überhaupt nicht auf Kurs mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien. Auch in der Schweiz verpassen wir mit den aktuell beschlossenen Rahmenbedingungen die selbst gesetzten Ziele massiv – und diese wiederum sind viel zu bescheiden, um unseren Beitrag zu leisten, dass die Erderwärmung nicht die 1.5-Grad-Schwelle überschreitet. Die Klimakrise wartet nicht, bis wir uns Zeit nehmen, sie ernst zu nehmen.

Und seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist auch jenen, die bisher die Klimakrise als nicht so dringlich ansahen, klar: der rasche Ausstieg aus der fossilen Abhängigkeit tut bitter not. Freiheitsenergien machen uns unabhängiger von Autokraten und Despoten.

Bisher standen im Zentrum der Schweizer Klimapolitik (neben Rahmenbedingungen wie Flottenrichtwerten) die Lenkungsabgaben. Die unsichtbare Hand des Marktes. Diese Lenkungsabgaben werden durch die vorliegende Initiative nicht in Frage gestellt. Sie werden ergänzt: durch eine starke öffentliche Hand. Die Kraft der öffentlichen Hand kommt aus einem Fonds, der aus Bundesmitteln mit jährlich einem halben bis einem Prozent des BIP, also aktuell zwischen 3.5 bis 7 Milliarden Franken, gespiesen werden wird. Damit wird der ökologische Umbau, der Green New Deal, vorangetrieben. Mit Beiträgen. Aber auch mit Krediten und Bürgschaften. Viele moderne Technologien, welche die gestrige fossile Technik ablösen, sind in der gesamten Betriebsdauer nicht teurer. Kredite helfen, die grösseren Anfangsinvestitionen zu stemmen. Die müssen jetzt erfolgen. So rasch wie möglich.

Lenkungsabgaben sind sehr gut geeignet, den CO₂-Ausstoss mittelfristig zu reduzieren und bestehende Strukturen auf Effizienz zu trimmen. Sie sind aber ungeeignet, den CO₂-Ausstoss vollständig zu eliminieren und Strukturen rasch zu transformieren. Zudem reicht ein hoher Preis allein oft nicht, um Pfadabhängigkeiten zu überwinden. Konkretes Beispiel: Es nützt wenig, wenn ein E-Auto sogar viel billiger wäre als ein Verbrenner – solange die Infrastruktur fehlt, solange es zu wenige Ladestationen gibt. Da braucht es die Investitionen.

Der Klimafonds schafft so das Fundament für den Umbau unserer Gesellschaft hin zur Klimaverträglichkeit – mit dem bewährten Prinzip der Schweiz zur Bewältigung auch finanziell grosser Herausforderungen. Stichwort Bahnausbau/NEAT: da gab es den FinöV resp. neu den Bahninfrastruktur-Fonds.

Machen wir gemeinsam den Schritt, bauen wir das Fundament für die Zukunft, mit einem Green New Deal, der alle Menschen mitnimmt: dank dem Klimafonds!

Lancement de l'initiative populaire fédérale :
« Pour une politique équitable en matière d'énergie
et de climat : investir pour la prospérité, le travail et
l'environnement (Initiative pour un fonds climat) »



Berne, le 6 septembre 2022

Discours d'Isabelle Pasquier-Eichenberger

Vice-présidente des VERT-E-S suisses et conseillère nationale (GE)

Seules les paroles prononcées font foi.

Aborder conjointement le réchauffement du climat et à la perte de la biodiversité

Notre initiative reconnaît que le dérèglement du climat et l'effondrement de la biodiversité sont étroitement liés et doivent être abordés conjointement. D'une part, parce que ces deux crises relèvent des mêmes causes, à savoir notre surexploitation des ressources naturelles et le dépassement des limites planétaires. D'autre part, parce qu'elles se renforcent mutuellement. La pression sur la biodiversité est considérablement renforcée par les modifications majeures du climat, mais aussi parce que des écosystèmes en bonne santé contribuent à réduire le réchauffement planétaire. Ainsi, les mesures prises en faveur du climat et de la biodiversité peuvent s'épauler mutuellement.

C'est pourquoi nous considérons que le renforcement de la biodiversité fait naturellement partie de la transition énergétique et écologique. Ce thème fait donc partie des domaines dans lesquels nous appelons la Confédération à agir.

Des millions d'espèces menacées d'extinction

Selon les expert-e-s de la plateforme intergouvernementale sur la biodiversité (IPBES), un million d'espèces, sur les huit qui peuplent la Terre, est menacée d'extinction.

L'Académie des sciences naturelles précise que la Suisse participe de manière disproportionnée au déclin mondial de la biodiversité. Notre pays présente l'une des situations les plus graves parmi les pays de l'OCDE.

En Suisse :

- Plus de la moitié des espèces est au moins potentiellement menacées, plusieurs ont disparu à l'échelle locale ou sont définitivement éteintes. Les populations animales et végétales ont fortement diminué en termes de quantité, de taille et de diversité génétique. A l'exemple du lapin de garenne, considéré comme en danger d'extinction.
- Plus de la moitié des types d'habitats naturels sont menacés, certains en voie de disparition. Les prairies sèches, typiques de nos paysages, n'existent quasiment plus. Les habitats naturels et populations sont extrêmement fragmentés et très insuffisamment connectés entre eux.

Si nous avons une telle responsabilité, nous avons aussi les moyens d'agir. C'est à cela que nous appelons aujourd'hui. Et il en va de notre bien-être et de la préservation des bases de la vie. Maintenir la richesse de la biodiversité est une condition essentielle pour envisager notre adaptation à un avenir incertain.

Des changements structurels pour préserver les bases de la vie sur Terre

La nature est une alliée cruciale pour faire face à l'urgence climatique. Toutes les villes sont en train de réfléchir à augmenter la canopée et l'accès à l'eau. Plus que jamais, il paraît évident qu'accorder plus de place à la nature en milieu urbain sera nécessaire pour faire face aux vagues de chaleur qui accablent les villes jusqu'à les rendre invivables.

Notre alimentation dépend évidemment avant tout des ressources naturelles, de la fertilité des sols, du travail des pollinisateurs et de tant d'auxiliaires, qui travaillent aux côtés des familles paysannes. Plus de plus de 500 milliards de récoltes agricoles sont potentiellement menacées par le déclin des pollinisateurs.

La végétation est aussi une alliée dans les Alpes, où la fonte du pergélisol et les laves torrentiels menacent la vie des vallées. La biodiversité y joue un rôle crucial de protection contre les dangers environnementaux.

Pour atténuer le réchauffement du climat et nous adapter à ces changements tout en supportant les événements météo extrêmes, il nous faut pouvoir compter sur les ressources et services que la biodiversité procure.

Notre initiative veut donner, ici aussi, un coup d'accélérateur pour développer des mesures nécessaires pour protéger la biodiversité. Les mesures isolées ne suffisent pas, il faut des changements structurels. Transformer notre société et notre économie afin de réduire notre consommation de ressources, redonner sa place à la biodiversité : voilà des perspectives qui donnent envie.

Source : Académie des sciences naturelles, *Inverser la tendance : climat et biodiversité*, 2022.

Lancement de l'initiative populaire fédérale :
« Pour une politique équitable en matière d'énergie
et de climat : investir pour la prospérité, le travail et
l'environnement (Initiative pour un fonds climat) »



Berne, le 6 septembre 2022

Discours de Roger Nordmann

Président du Groupe socialiste aux Chambres fédérales et conseiller national (VD)

Seules les paroles prononcées font foi.

L'initiative pour un fonds climat est une réponse à la double crise que nous vivons : la crise de l'approvisionnement énergétique fossile et la crise du réchauffement. La cause de ces deux crises est la même : notre consommation (énorme) d'énergie fossile. De plus en plus chers et difficile à importer, le gaz et le pétrole sont responsables de 80% des émissions de gaz à effet de serre.

Tant pour le climat que pour la sécurité d'approvisionnement, il est urgent de se passer des énergies fossiles. Pour cela, il faudra investir massivement, non seulement dans l'efficacité (par exemple par la rénovation des immeubles) mais aussi dans l'utilisation de la chaleur renouvelable (par exemple par la géothermie). Mais également dans la production électrique, car il faut remplacer la production des vieilles centrales nucléaires et couvrir les besoins pour décarboner (électrification de la mobilité, pompes à chaleur et industrie).

La double crise que nous vivons est la conséquence du sous-investissement chronique dans l'efficacité énergétique et la production d'électricité renouvelable, comme le graphique ci-dessous le montre (avec l'exemple de l'électricité).

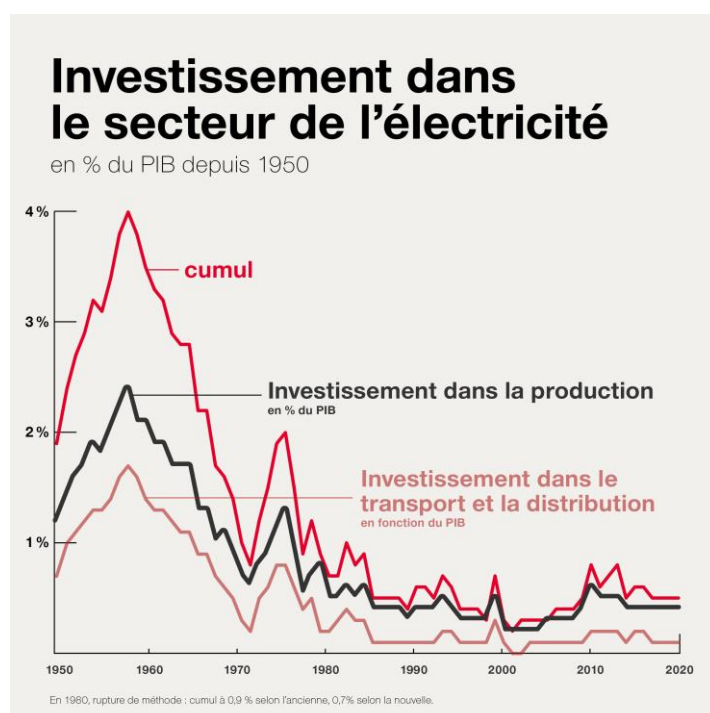


Figure 1 : source des données OFEN et BFS

Il faut regarder la réalité en face : nous sommes face à un échec total du marché électrique libéralisé, incapable de déclencher des investissements, et face à une politique fédérale beaucoup trop timide pour contrecarrer cette déficience. Nous sommes aussi dans une impasse de la politique climatique après l'échec de la Loi sur le CO₂. Cette votation a montré aussi que la question ne pourra pas être résolue avec des taxes d'incitation très élevée, faute de majorité pour les fixer à un niveau efficace.

Il est donc maintenant nécessaire d'ajuster la stratégie : au lieu de sanctionner davantage l'usage des énergies impropres, il faut aussi soutenir financièrement tous les investissements dans la valorisation des énergies propres : le soleil, l'eau, la chaleur du sous-sol et le vent, qui arrivent gratuitement en Suisse. Une fois qu'une installation est construite, ses coûts de fonctionnement sont imbattables. La même chose vaut pour l'efficacité, puisqu'un KWh qui n'est plus nécessaire n'est plus produit ni acheté.

En finançant les énergies propres, meilleurs marchés à l'usage, nous augmenterons la sécurité énergétique et nous chasserons les énergies sales du marché. En outre, nous réduirons notre exposition aux marchés mondiaux de l'énergie.

Les investissements à entreprendre pour reconstruire notre système énergétique sont colossaux. De plus, il faudra aussi des solutions pour les quelques 20% d'émissions de gaz à effet de serre non liés à l'énergie, notamment dans l'agriculture et les cimenteries.

Pour garantir l'ampleur et la constance de l'effort sur la durée, il est nécessaire de disposer d'un fonds séparé du budget courant et alimenté solidement, ce qui nécessite un ancrage constitutionnel et justifie le lancement d'une initiative populaire. Pour financer les projets de la Confédération et cofinancer ceux du secteur privé, des cantons et des communes, nous proposons donc d'instaurer jusqu'en 2050 un Fonds fédéral pour le climat, financé par la Confédération, qui pourra s'endetter à cet effet en dehors du frein à l'endettement.

Pourquoi le choix du financement par la dette fédérale ?

- 1) Parce qu'il s'agit d'investissement, et pas de dépenses courantes ;
- 2) Parce que le financement par des impôts sur la classe moyenne priveraient les personnes des liquidités dont elles ont besoin pour investir maintenant, avec le soutien dudit Fonds ;
- 3) Contrairement à la dette d'un particulier, la dette d'un État est en général absorbée par la croissance nominale future. Grace aux investissements qu'elle permet, l'initiative fera passer la Suisse à une prospérité plus durable. Elle lui évitera notamment de continuer à importer pour plus de 10 milliards de francs d'énergie fossile par an.

Ce financement est beaucoup plus juste qu'un financement par une taxation de l'énergie, bien de première nécessité dont la consommation est dégressive par rapport au revenu. **Pour le PS Suisse, cette question de la justice et de l'équité dans la transition énergétique est absolument centrale. Si elle n'est pas garantie, le processus s'enlisera.**

A contrario, si notre pays ose investir comme l'onz fait autrefois nos prédécesseurs avec les barrages, les Écoles polytechniques fédérales, les CFF ou l'AVS, nous remplirons nos obligations internationales en matière de climat et nous poserons les bases d'une prospérité partagée et durable.

Notre initiative garanti un financement équitable de l'effort et un niveau d'investissement à la hauteur de l'enjeu.

Lancierung Eidgenössische Volksinitiative
«Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Bern, den 6. September 2022



Redetext Peppina Beelli

Vertreterin SGB und Fachsekretärin Klimapolitik UNIA

Es gilt das gesprochene Wort.

1995 legten Schweizer Gewerkschaften zusammen mit Umweltorganisationen einen Plan vor für ein «ökologisch sinnvolles Beschäftigungsprogramm». Die Schweiz befand sich mitten in einer tiefen Rezession, 100'000e waren arbeitslos. Unsere Studie zeigte auf, wie sich Jobs generieren liessen mit Investitionen in den öffentlichen Verkehr, in die Altlastensanierung und vor allem – das war der Schwerpunkt des Programms: in die Diversifizierung der Energieversorgung. **Wäre die Schweiz vor einem Viertel Jahrhundert den gewerkschaftlichen Empfehlungen gefolgt, müssten wir heute nicht um unsere Versorgungssicherheit zittern!**

Es ging also verantwortungslos viel Zeit verloren. Während die Klimaerhitzung längst wissenschaftlich erwiesen war und die Technologien für den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen Energien eigentlich bereitstanden, setzte auch die Schweiz jahrzehntelang auf Marktmechanismen und eine Politik der individuellen Konsumentscheide. Diese Politik hat offensichtlich versagt! **Eine Herausforderung von der Grössenordnung der Klimaerhitzung kann nur mit einem kollektiven Kraftakt, mit beherzten Investitionen und einem starken Service public gemeistert werden.** Die Klimafonds-Initiative legt dafür endlich einen brauchbaren Vorschlag auf den Tisch. Sie wird deswegen auch von uns Gewerkschaften unterstützt.

Als Teil der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist es für uns zentral, dass die Dekarbonisierung als «just transition», als «gerechter Wandel» gestaltet wird. Das heisst nicht nur, dass jede einzelne Klimaschutzmassnahme sozial gerecht finanziert und umgesetzt werden muss – wie es die vorliegende Initiative im ersten Absatz unmissverständlich festhält. Wir sind auch überzeugt, dass ein ökologischer Umbau nur dann realistisch ist, wenn er mit einem sozialen Ausbau einhergeht. **Von besonderer Bedeutung ist für uns deswegen, dass die Klimafonds-Initiative auch die Finanzierung von Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen vorsieht, inklusive Beiträge an die Lebenshaltungskosten während der Ausbildungszeit.**

Denn tatsächlich fehlen uns für eine zukunftsfähige Wirtschaft Tausende von Fachkräften. So in der Solarplanung und in der Solaranlage, im Bereich der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik – aber auch in Sektoren, die nicht direkt zur Dekarbonisierung beitragen, aber emissionsarm sind und auf die wir immer stärker angewiesen sein werden, z.B. in der Pflege und Betreuung. Wir müssen den öffentlichen Verkehr massiv ausbauen und werden dafür mehr Zugbegleiter und Tramchauffeuren brauchen; und wenn wir es ernst meinen mit dem Forschungs- und Industriestandort Schweiz, dann sollten wir zu einem eigentlichen «Kompetenzzentrum» für erneuerbare Energien und klimaverträgliche Technologien werden und auch dafür Personal ausbilden. **Zugleich stehen wir in der Verantwortung, all jenen Arbeitnehmenden, die von der Transformation negativ betroffen sind, die**

von Arbeitslosigkeit oder Dequalifizierung bedroht sind, eine echte Perspektive zu eröffnen. Denn zum 1x1 der gewerkschaftlichen Klimapolitik gehört auch das Prinzip: «Niemand wird zurückgelassen!» Das Schweizerische Aus- und Weiterbildungssystem ist mit Erwachsenen, die sich beruflich neu orientieren oder weiterqualifizieren wollen, überaus knausrig. Die Initiative schlägt diesbezüglich also einen echten sozialen Fortschritt vor.

Wir Gewerkschaften freuen uns über dieses wegweisende Projekt und werden die Initiative in unsere Mitgliedschaft tragen. Wir wissen auch, dass wir gleichzeitig auf unserem ur-eigenen Handlungsfeld überaus gefordert sind, gerade auch bei einer Annahme der Initiative. **Denn um die Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen, ist Finanzierung sicherlich entscheidend. Genauso entscheidend ist aber auch, dass es uns gelingt, in den geforderten Branchen beispielhafte Arbeitsbedingungen durchzusetzen**, mit guten Löhnen, grosszügigen Freizeitregelungen, Mitbestimmungsrechten und einem Gesundheitsschutz, der den Namen verdient. Zukunftsjobs müssen vorbildliche Jobs sein!

Eidgenössische Volksinitiative

«Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»



Die Volksinitiative lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 103a Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik

1 Bund, Kantone und Gemeinden bekämpfen die menschengemachte Klimaerwärmung und ihre gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen in Übereinstimmung mit den internationalen Klimaabkommen. Sie sorgen für eine sozial gerechte Finanzierung und Umsetzung der Massnahmen.

2 Der Bund unterstützt insbesondere:

- a. die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft;
- b. den sparsamen und effizienten Energieverbrauch, die Versorgungssicherheit und den Ausbau der erneuerbaren Energien;
- c. die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen inklusive finanzielle Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit;
- d. nachhaltige und natürliche Karbonsenken;
- e. die Stärkung der Biodiversität, namentlich zur Bekämpfung der Folgen der Klimaerwärmung.

3 Für die Finanzierung der bundeseigenen Vorhaben und für finanzielle Beiträge an die Vorhaben von Kantonen, Gemeinden und Dritter verfügt der Bund über einen Investitionsfonds. Der Fonds oder vom Bund beauftragte Dritte können auch Kredite, Garantien und Bürgschaften gewähren.

4 Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Art. 197 Ziff. 15

15. Übergangsbestimmung zu Art. 103a (Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik)

Der Fonds gemäss Artikel 103a Absatz 3 wird vom Bund spätestens ab dem dritten Jahr nach Annahme von Artikel 103a durch Volk und Stände bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0,5–1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gespeist. Dieser Betrag wird im Höchstbetrag der im Voranschlag zu bewilligenden Gesamtausgaben gemäss Artikel 126 Absatz 2 nicht mitgerechnet. Er kann angemessen gesenkt werden, wenn die Schweiz ihre nationalen und internationalen Klimaziele erreicht hat.

Initiative populaire fédérale

« Pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat) »



L'initiative populaire a la teneur suivante

La Constitution est modifiée comme suit :

Art. 103a Encouragement d'une politique énergétique et climatique socialement équitable

1 La Confédération, les cantons et les communes luttent contre le réchauffement climatique anthropique et ses conséquences sociales, écologiques et économiques conformément aux accords internationaux sur le climat. Ils veillent ce que le financement et la mise en œuvre des mesures soient socialement équitables.

2 La Confédération soutient notamment :

- a. la décarbonation des transports, des bâtiments et de l'économie ;
- b. l'utilisation économe et efficace de l'énergie, la sécurité de l'approvisionnement et le développement des énergies renouvelables ;
- c. les mesures de formation, de formation continue et de reconversion nécessaires, y compris les contributions financières visant à compenser la perte de revenu pendant la période de formation ;
- d. les puits de carbone durables et naturels ;
- e. le renforcement de la biodiversité, en particulier afin de lutter contre les conséquences du réchauffement climatique.

3 La Confédération dispose d'un fonds d'investissement pour financer ses propres projets et pour contribuer financièrement aux projets des cantons, des communes et de tiers. Le fonds ou des tiers mandatés par la Confédération peuvent également accorder des crédits, des garanties et des cautionnements.

4 La loi règle les modalités.

Art. 197, ch. 15

15. Disposition transitoire ad art. 103a (Encouragement d'une politique énergétique et climatique socialement équitable)

La Confédération alimente chaque année jusqu'en 2050 le fonds visé à l'art. 103a, al. 3, au plus tard à partir de la troisième année suivant l'acceptation dudit article par le peuple et les cantons, d'un montant équivalant au minimum à 0,5 % et au maximum à 1 % du produit intérieur brut. Ce montant n'est pas comptabilisé dans le plafond des dépenses totales qui doivent être approuvées dans le budget au sens de l'art. 126, al. 2. Il peut être réduit de manière appropriée si la Suisse a atteint ses objectifs climatiques nationaux et internationaux.

Iniziativa popolare federale «Per una politica energetica e climatica equa: investire per la prosperità, il lavoro e l'ambiente (Iniziativa per un fondo per il clima)»



L'iniziativa popolare ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 103a Promozione di una politica energetica e climatica socialmente equa

1 La Confederazione, i Cantoni e i Comuni lottano contro il riscaldamento climatico di origine umana e le sue conseguenze sociali, ecologiche ed economiche conformemente agli accordi internazionali sul clima. Provvedono a un finanziamento e a un'attuazione socialmente equi delle misure.

2 La Confederazione sostiene in particolare:

- a. la decarbonizzazione dei trasporti, degli edifici e dell'economia;
- b. l'impiego parsimonioso ed efficiente dell'energia, la sicurezza dell'approvvigionamento e il potenziamento delle energie rinnovabili;
- c. le necessarie misure di formazione, formazione continua e riqualificazione, compresi i contributi finanziari destinati a compensare la perdita di guadagno durante il periodo di formazione;
- d. i pozzi di carbonio sostenibili e naturali;
- e. il rafforzamento della biodiversità, segnatamente al fine di lottare contro le conseguenze del riscaldamento climatico.

3 Per finanziare i propri progetti e fornire contributi finanziari ai progetti dei Cantoni, dei Comuni e di terzi, la Confederazione dispone di un fondo di investimento. Il fondo o terzi incaricati dalla Confederazione possono inoltre concedere crediti, garanzie e fidejussioni.

4 La legge disciplina i dettagli.

Art. 197 n. 15

15. Disposizione transitoria dell'art. 103a (Promozione di una politica energetica e climatica socialmente equa)

La Confederazione alimenta il fondo di cui all'articolo 103a capoverso 3 ogni anno fino al 2050, al più tardi a partire dal terzo anno dopo l'accettazione di detto articolo da parte del Popolo e dei Cantoni, con mezzi pari almeno allo 0,5 e al massimo all'1 per cento del prodotto interno lordo. Questo importo non è contabilizzato nell'importo massimo delle uscite totali da stanziare nel preventivo secondo l'articolo 126 capoverso 2. Può essere ridotto in maniera adeguata quando la Svizzera ha raggiunto i suoi obiettivi climatici nazionali e internazionali.